

► **Entschließung des Europäischen Parlaments vom 10. Juli 2008 zur Lage in China nach dem Erdbeben und im Vorfeld der Olympischen Spiele**

Das Europäische Parlament ,

- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 22. Mai 2008 zu der Naturkatastrophe in China⁽¹⁾ ,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 10. April 2008 zu Tibet⁽²⁾ ,
- unter Hinweis auf seine Entschließung vom 13. Dezember 2007 zum Gipfeltreffen EU-China und zum Menschenrechtsdialog zwischen der EU und China⁽³⁾ ,
- unter Hinweis auf das Ergebnis der 25. Verhandlungsrunde des Menschenrechtsdialogs EU-China vom 15. Mai 2008 in Brdo (Slowenien),
- gestützt auf Artikel 103 Absatz 4 seiner Geschäftsordnung,
 - A. in der Erwägung, dass sich sowohl China als auch die Europäische Union verpflichtet haben, weltweit zu Frieden, Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung beizutragen,
 - B. in Erwägung des Ausmaßes der Zerstörungen durch das schwere Erdbeben, das am 12. Mai 2008 Südwestchina erschütterte; in der Erwägung, dass dieses Erdbeben mehrere zehntausend Opfer forderte, insbesondere in der Provinz Sichuan; in der Erwägung, dass nach den jüngsten Schätzungen 10 Millionen Menschen von dem Erdbeben betroffen sind und dass fast 70 000 Menschen getötet wurden, darunter Tausende von Schulkindern, die starben, als ihre Unterrichtsräume einstürzten,
 - C. in der Erwägung, dass die chinesische Regierung außerordentliche Sofortmaßnahmen ergriff und Helfer, darunter Soldaten und ärztliches Personal, entsandte, um die Bewohner der geschädigten Region zu unterstützen,
 - D. in Erwägung der außerordentlichen Mobilisierung und Solidarität des gesamten chinesischen Volkes und der internationalen Gemeinschaft zur Unterstützung der Opfer der Katastrophe,
 - E. in der Erwägung, dass die Öffnung Tibets für Touristen und Medien nicht als "Public Relations"-Event genutzt werden sollte, sondern als echte Öffnung, die es Journalisten, Medien und Touristen ermöglichen wird, die Region Tibet zu besuchen,
 - F. in Erwägung der Abschlusserklärung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), das betonte, die Vergabe der Olympischen Spiele 2008 an China werde einen Beitrag zur Öffnung des Landes und Verbesserung der Menschenrechtssituation leisten,
 1. äußert seine Zufriedenheit über die Weiterentwicklung der Beziehungen EU-China, den Dialog in mehreren Bereichen und die engere Zusammenarbeit in verschiedenen Fragen von weltweiter Bedeutung;
 2. fordert die chinesische Regierung auf, zu bedenken, dass Erdbebenwarnungen ein Maßstab für die Entwicklung eines Landes sind; betont daher, wie wichtig es ist, aktiv und umgehend auf jede Warnung zu reagieren, die Wissenschaftler im unwahrscheinlichen, jedoch möglichen Fall einer weiteren Naturkatastrophe in China gegenüber den Behörden aussprechen könnten;
 3. begrüßt die Wiederaufnahme der Kontakte zwischen den Vertretern des Dalai Lama und der chinesischen Regierung nach den Zwischenfällen vom März 2008 in Lhasa; fordert beide Parteien auf, diese Kontakte zu intensivieren, um die Grundlagen eines gegenseitigen Vertrauens zu schaffen, ohne dass es unmöglich sein wird, eine beiderseits akzeptable politische Lösung zu erreichen;
 4. bedauert, dass in den Beziehungen zu China zwar große Fortschritte in den Bereichen Handel und Wirtschaft erzielt wurden, dass diese jedoch mit keinen wesentlichen Erfolgen in Fragen der Menschenrechte und Demokratie einhergegangen sind;
 5. bedauert, dass die Menschenrechtssituation in China in Anbetracht weit verbreiteter und systematischer

Menschenrechtsverletzungen nach wie vor besorgniserregend ist; erinnert an die Verpflichtungen hinsichtlich der Menschenrechte, die China bei der Vergabe der Olympischen Spiele an das Land eingegangen ist;

6. verurteilt die häufige Verhängung der Todesstrafe in China und fordert die chinesischen Regierungsstellen auf, ein Moratorium für die Vollstreckung der Todesstrafe zu verhängen;
7. bedauert, dass es trotz internationaler Forderungen nicht gelungen ist, die chinesischen Staatsorgane an ihrer weiteren Vorgehensweise nach den Unruhen vom 14. März 2008 in Tibet zu hindern, weshalb die Teilnehmer an den Protesten in Lhasa weiter verfolgt und festgenommen sowie willkürlich inhaftiert werden und Angehörige keine Informationen über den Aufenthaltsort ihrer Verwandten erhalten, obwohl dies nach chinesischem Recht Vorschrift ist; fordert von den chinesischen Behörden die Einstellung der Kampagne zur "patriotischen Umerziehung", die seit Anfang April intensiviert wurde, während der Olympischen Spiele im Namen des seit langer Zeit etablierten "Olympischen Friedens";
8. vermerkt anerkennend, dass China sich rasch bereit erklärt hat, die Hilfe der internationalen Gemeinschaft anzunehmen, um die Erdbebenopfer in der Region Sichuan zu unterstützen und die Maßnahmen der freiwilligen humanitären Hilfsorganisationen und Rettungsdienste für die Verteilung der Hilfe zu erleichtern;
9. unterstreicht die Bedeutung der Unterstützung der Europäischen Union, seiner Mitgliedstaaten und der internationalen Gemeinschaft für die Phase des Wiederaufbaus in der Region;
10. fordert China auf, seine bezüglich der Menschen- und Minderheitenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten, auf die das Internationale Olympische Komitee (IOK) verwiesen hat, als es beschloss, diesem Land die Ausrichtung der Olympischen Spiele zu gestatten;
11. fordert die chinesischen Behörden auf, diese historische Chance zu nutzen, der Welt zu beweisen, dass die Vergabe der Olympischen Spiele an Peking eine einzigartige Gelegenheit bietet, die Menschenrechtssituation im Land zu verbessern, indem ein Gnadenerlass für alle inhaftierten politischen Gefangenen und Menschenrechtsaktivisten erfolgt, darunter auch für diejenigen, die im Anschluss an die Unruhen vom März 2008 in Tibet festgenommen wurden (selbstverständlich mit Ausnahme derer, die für Gewaltverbrechen verantwortlich sind); fordert die chinesischen Behörden darüber hinaus auf, die Diskriminierung von Migranten im ländlichen Raum sowie von ethnischen Minderheiten zu beenden und auf die Schikanie von Arbeitnehmervertretern, Anwälten und Journalisten zu verzichten, wenn diese Verstöße gegen die Grundfreiheiten anprangern; bekräftigt seine Überzeugung, dass die Inhaftierung solcher Personen den allgemein gültigen und akzeptierten Prinzipien des Völkerrechts widerspricht;
12. beauftragt seinen Präsidenten, diese EntschlieÙung dem Rat, der Kommission, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten, der Regierung der Volksrepublik China sowie dem Exekutivausschuss des Internationalen Olympischen Komitees zu übermitteln.

Situation in China after the earthquake and before the Olympic Games

P6_TA-PROV(2008)0362
and 0341/2008

B6-0340

► **European Parliament resolution of 10 July 2008 on the situation in China after the earthquake and before the Olympic Games**

The European Parliament,

- having regard to its resolution of 22 May 2008 on the natural disaster in China⁽¹⁾,
- having regard to its resolution of 10 April 2008 on Tibet⁽²⁾,
- having regard to its resolution of 13 December 2007 on the EU-China Summit and the EU-China

human rights dialogue⁽³⁾ ,

– having regard to the outcome of the 25th round of the EU-China Human Rights Dialogue in Brdo, Slovenia, on 15 May 2008,

– having regard to Rule 103(4) of its Rules of Procedure,

A. whereas both China and the EU are committed to contributing to peace, security and sustainable development in the world,

B. having regard to the scale of the destruction wrought by the violent earthquake in South-west China on 12 May 2008; whereas that earthquake claimed tens of thousands of victims, in particular in Sichuan province; whereas, according to the latest estimate, 10 million people were affected by the earthquake and almost 70 000 killed, including thousands of schoolchildren who died when their classrooms collapsed,

C. whereas the Chinese Government took exceptional emergency measures, deploying personnel – including part of the army – and medical teams to aid the inhabitants of the stricken region,

D. having regard to the extraordinary mobilisation and solidarity of the entire Chinese people and of the international community in efforts to aid the victims of the disaster,

E. whereas the opening of Tibet to tourists and the media should not be used as a "public relations event" but as a real opening, which will allow journalists, the media and tourists to visit the region of Tibet,

F. having regard to the concluding statements of the International Olympic Committee (IOC), which underlined that granting the 2008 Olympic Games to China would help to open up the country and improve the human rights situation,

1. Expresses satisfaction at the developments in EU-China relations, the sectoral dialogues and the closer cooperation on various globalised issues;

2. Calls on the Chinese authorities to bear in mind that earthquake warnings constitute one benchmark of the development of a country; stresses, therefore, the vital importance of responding actively and promptly to any warning that the scientific community can give the authorities in the unlikely but possible situation of another natural disaster in China;

3. Welcomes the resumption of contacts, after the events of March 2008 in Lhasa, between the representatives of the Dalai Lama and the Chinese authorities; encourages the two parties to intensify these contacts so as to establish the bases for mutual trust, without which it will be impossible to arrive at a mutually acceptable political solution;

4. Regrets that while there has been major progress in relations with China as regards trade and economics, that progress has not been accompanied by substantial achievements as regards issues relating to human rights and democracy;

5. Deplores the fact that China's human rights record remains a matter of concern owing to widespread and systematic human rights abuses; recalls the commitments to human rights made by China when the country won its bid to host the Olympic Games;

6. Condemns China's frequent use of the death penalty and calls on the Chinese authorities to establish a moratorium on executions;

7. Deplores the fact that no international calls have succeed in stopping the Chinese authorities from pursuing their follow-up to the riots of 14 March 2008 in Tibet, with participants in the protest in Lhasa still being traced, detained and arbitrarily arrested, and their families being given no information as to their whereabouts, although this is required by Chinese law; calls on the Chinese authorities to halt its "patriotic re-education" campaign, which has been intensified since the beginning of April, during the Olympic Games in the name of the long-established "Olympic Truce";

8. Notes with satisfaction that China rapidly agreed to accept the assistance of the international community in helping the victims of the earthquake in the Sichuan region and facilitating the operation of voluntary humanitarian aid organisations in distributing aid;

9. Stresses the importance of the support of the European Union, of its Member States and of the

international community for the reconstruction phase in the affected region;

10. Calls on China to abide by the public commitments which it made with regard to human rights and minority rights, democracy and the rule of law and which the IOC announced when it decided to allow China to organise the Olympic Games;

11. Urges the Chinese authorities to take this historic opportunity to demonstrate to the world that the granting of the Olympic Games to Beijing has provided a unique chance to improve their human rights record by displaying clemency to all political prisoners and human rights activists in gaol, including those in gaol in Tibet following the uprising of March 2008 (except, of course, for perpetrators of violent crimes); calls, moreover, on the Chinese authorities to stop discrimination against rural migrants and ethnic minorities and to refrain from harassing trade-union activists, lawyers and journalists when they denounce violations of fundamental freedoms; reiterates its conviction that the imprisonment of such people is against the universal and accepted spirit of the *ius gentium* (law of nations);

12. Instructs its President to forward this resolution to the Council, the Commission, the governments and parliaments of the Member States, the Government of the People's Republic of China and the Executive Board of the International Olympic Committee.

Situation en Chine après le tremblement de terre et avant les jeux olympiques

P6_TA-PROV(2008)0362
B6-0340 et 0341/2008

► Résolution du Parlement européen du 10 juillet 2008 sur la situation en Chine après le tremblement de terre et avant les jeux olympiques

Le Parlement européen ,

- vu sa résolution du 22 mai 2008 sur la catastrophe naturelle en Chine⁽¹⁾ ,
- vu sa résolution du 10 avril 2008 sur le Tibet⁽²⁾ ,
- vu sa résolution du 13 décembre 2007 sur les relations UE-Chine et sur le dialogue UE-Chine concernant les droits de l'homme⁽³⁾ ,
- vu les résultats de la 25^e session du dialogue UE-Chine sur les droits de l'homme qui s'est tenue à Brdo, en Slovénie, le 15 mai 2008,
- vu l'article 103, paragraphe 4, de son règlement,

A. considérant que la Chine et l'Union européenne se sont toutes deux engagées à contribuer à la paix, à la sécurité et au développement durable dans le monde,

B. considérant l'ampleur des destructions provoquées par le violent séisme qui a frappé le sud-ouest de la Chine le 12 mai 2008; considérant que ce séisme a fait des dizaines de milliers de victimes, en particulier dans la province de Sichuan; considérant que, selon les dernières estimations, 10 millions de personnes ont été affectées par le tremblement de terre et près de 70 000 personnes ont été tuées, dont des milliers d'écoliers qui ont succombé sous les décombres de leurs salles de classe,

C. considérant que le gouvernement chinois a déployé un dispositif de secours exceptionnel et du personnel – y compris une partie de l'armée – ainsi que des équipes médicales pour secourir les habitants de la région sinistrée,

D. considérant l'extraordinaire mobilisation de solidarité du peuple chinois tout entier et de la communauté internationale pour aider la population affectée,

E. considérant que l'ouverture du Tibet aux touristes et aux médias ne devrait pas être utilisée comme un évènement de relations publiques mais représenter une véritable ouverture permettant aux

journalistes, aux médias et aux touristes de visiter la région du Tibet;

F. considérant que le Comité international olympique (CIO) a souligné dans ses déclarations finales que l'octroi des jeux olympiques 2008 à la Chine contribuerait à l'ouverture du pays et à l'amélioration de la situation des droits de l'homme,

1. se félicite de l'évolution des relations UE-Chine, des dialogues sectoriels et de la coopération étroite sur diverses questions de portée mondiale;
2. demande aux autorités chinoises de garder à l'esprit le fait que les alertes sismiques représentent un indice du niveau de développement d'un pays; souligne, dès lors, qu'il est vital de répondre efficacement et rapidement à toute alerte que la communauté scientifique peut transmettre aux autorités sur tout risque peu probable mais toutefois possible d'une nouvelle catastrophe naturelle en Chine,
3. se félicite de la reprise des contacts, après les événements du mois de mars 2008 à Lhassa, entre les représentants du Dalaï Lama et les autorités chinoises; encourage les deux parties à intensifier ces contacts pour jeter les bases d'une confiance réciproque, seule condition qui pourra permettre d'aboutir à une solution politique mutuellement acceptable;
4. déplore que les relations avec la Chine n'aient progressé que dans les domaines commercial et économique, sans aucun progrès notable dans le domaine des droits de l'homme et de la démocratie;
5. déplore que la situation des droits de l'homme en Chine demeure une source de préoccupations compte tenu de la violation répandue et systématique des droits de l'homme; rappelle les engagements pris par la Chine en matière de droits de l'homme lorsque ce pays s'est vu confier l'organisation des jeux olympiques;
6. condamne le recours fréquent à la peine de mort et appelle les autorités chinoises à décréter un moratoire sur les exécutions;
7. déplore le fait qu'aucun appel international n'est parvenu à mettre un terme aux suites données par les autorités chinoises aux émeutes du 14 mars 2008 au Tibet, où les personnes ayant participé à la manifestation de Lhassa continuent d'être recherchées, détenues et arrêtées arbitrairement, leurs familles n'étant pas informées du lieu de leur détention, bien que cela soit contraire à la législation chinoise; demande aux autorités chinoises de mettre un terme à la campagne de "rééducation patriotique", qui s'est intensifiée depuis le début du mois d'avril, pendant la période des jeux olympiques, au nom de la "trêve olympique", qui est une tradition bien ancrée dans le temps;
8. constate avec satisfaction que la Chine n'a pas tardé à accepter l'aide de la communauté internationale pour secourir les sinistrés de la région de Sichuan et faciliter l'intervention des organisations bénévoles d'aide humanitaire pour la distribution de l'aide;
9. souligne l'importance du soutien de l'Union, de ses États Membres et de la communauté internationale pour la phase de reconstruction dans la région sinistrée;
10. demande à la Chine de respecter les engagements publics qu'elle a pris en ce qui concerne les droits de l'homme et des minorités, la démocratie et l'État de droit, et dont le CIO a fait part lorsqu'il a décidé d'autoriser ce pays à organiser les jeux olympiques;
11. invite instamment les autorités chinoises à saisir cette occasion historique de montrer au monde que le fait d'avoir autorisé l'organisation des jeux olympiques à Pékin a fourni une chance unique de renforcer le respect des droits de l'homme dans ce pays en accordant la grâce à tous les prisonniers politiques et défenseurs des droits de l'homme qui se trouvent en prison, y compris ceux qui ont été emprisonnés au Tibet à la suite de l'émeute de mars 2008 (sauf ceux, évidemment, qui sont coupables de crimes violents); demande, en outre, aux autorités chinoises de mettre un terme à la discrimination dont sont victimes les migrants ruraux et les minorités ethniques ainsi que de cesser le harcèlement des syndicalistes, des juristes et des journalistes qui dénoncent des cas de violations de droits fondamentaux; réaffirme sa conviction que l'emprisonnement de ces personnes est contraire à l'esprit universel et reconnu du 'ius gentium' (le droit des gens);
12. charge son Président de transmettre la présente résolution au Conseil, à la Commission, aux gouvernements et aux parlements des États membres, au gouvernement de la République populaire de Chine ainsi qu'à la commission exécutive du Comité international olympique.